

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8669

"Leiharbeit in der Pflege begrenzen - Gleichbehandlung von Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften fördern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8669 vom 28.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8703 vom 29.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberg, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner und Fraktion (CSU)

Leiharbeit in der Pflege begrenzen – Gleichbehandlung von Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Gewinnung von Pflegefachkräften für den Gesundheits- und Pflegebereich eine der aktuell wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderungen darstellt.

Der Landtag begrüßt die Schritte, die die Staatsregierung mit Blick auf dieses Ziel bereits unternommen hat und weiterhin unternimmt, etwa die Einrichtung der Fast Lane für ausländische Berufsanerkennungen oder die Förderung von Springermodellen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel sowie durch ihren Einsatz auf Bundesebene Arbeitgeber weiterhin dabei zu unterstützen, ihren Pflegekräften hervorragende Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Der Verbleib der Stammbelegschaft muss weiter unterstützt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der Leiharbeit konsequent auszuschöpfen, insbesondere:

- verlässliche Arbeitszeitmodelle mit planbaren Urlaubs- und Freizeiten, z. B. weiterhin durch Springerpools sowie Sicherstellung ihrer Finanzierung, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen
- Angleichung von Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitszeiten, insbesondere zu Nachtzeiten, an Wochenenden und Feiertagen zwischen Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen
- Arbeitsentlastung durch den Ausbau der Digitalisierung, insbesondere im Bereich des Einsatzes von elektronischen Patienten- und Bewohnerdokumentationen
- Stärkung der Fachkräftegewinnung, auch aus dem Ausland

Begründung:

Der Fachkräftemangel, aber auch der Mangel an Hilfskräften in der Pflege, ist nach wie vor dramatisch. Gleichzeitig ist eine ausreichende Personalausstattung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen unverzichtbar. Zum Teil behelfen sie sich durch die Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften. Der Anteil an Leiharbeitskräften in der Pflege ist bayernweit mit 1,7 Prozent (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2023) noch relativ gering, aber es gibt erhebliche regionale Unterschiede, sodass der Anteil in einzelnen Kreisen bei über 5 Prozent oder sogar bei über 10 Prozent liegt.

Auch wenn Leiharbeit in Einzelfällen erforderlich und sinnvoll sein kann, um z. B. Belegungsspitzen oder Erkrankungswellen beim Personal abzufedern, gestaltet sie sich in vielen Einrichtungen aufgrund von entstehenden Spannungen zwischen Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften zunehmend problematisch. Ursächlich sind vor allem die Zugeständnisse hinsichtlich Arbeitszeit und Gehalt, die Zeitarbeitsfirmen bieten und die letztendlich zu einer Beeinträchtigung des Betriebsklimas führen können. Vor diesem Hintergrund gilt es zu vermeiden, dass der Anteil der Leiharbeit in den nächsten Jahren weiter ansteigt und für zunehmende Spannungen sorgt. Ein guter Lösungsansatz für sichere Frei- und Urlaubszeiten sind innovative Springerkonzepte, wie sie der Freistaat bereits fördert. Diese müssen weiter ausgebaut und vom Bund auf eine sichere und dauerhafte Finanzierungsgrundlage gestellt werden.

Es entwickelt sich seit Jahren ein enormer Mangel an professionell Pflegenden, der im Krankenhaus auf 100 000 (Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen, Universität Bremen 2020) geschätzt und in der stationären Langzeitpflege mit 120 000 beziffert wird. Die Versorgungslücke im Pflegebereich könnte sich bis zum Jahr 2035 auf insgesamt knapp 500 000 Fachkräfte (Statista 2022) vergrößern. Die Gründe für den zunehmenden Personalmangel sind vielfältig:

- Zeitmangel, der es professionell Pflegenden und Hebammen nicht erlaubt, ihre Arbeit so auszuführen, wie es fachlich erforderlich ist und ihrem professionellen Anspruch entspricht
- Fehlen einer verlässlichen Dienstplanung und unattraktive Arbeitszeiten, die sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Work-Life-Balance enorm erschweren

In der Folge gibt es nicht genug Neueinsteiger in den Pflegeberuf. Zudem reduzieren in der Pflege Beschäftigte und Hebammen ihre Arbeitszeit, sodass die Teilzeitquote der Pflegenden bei 65 Prozent (Statistisches Bundesamt 2021) liegt.

Allein mit inländischen Kräften kann der immense Bedarf in der Pflege nicht gedeckt werden. Migration wird für den Arbeitsmarkt benötigt, um dem sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen. Das „Fast Lane“-Projekt aus Bayern für Pflegekräfte ist ein absolutes Erfolgsmodell. Die Zwei-Jahres-Bilanz zeigt den Erfolg der „Fast Lane“, durch die dringend benötigte Pflegekräfte gewonnen werden konnten. Seit dem Start am 1. Juli 2023 konnten bereits mehr als 1 000 Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen positiv entschieden werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner und Fraktion (CSU)

Drs. 19/8669

Leiharbeit in der Pflege begrenzen – Gleichbehandlung von Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften fördern

Der Landtag stellt fest, dass die Gewinnung von Pflegefachkräften für den Gesundheits- und Pflegebereich eine der aktuell wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderungen darstellt.

Der Landtag begrüßt die Schritte, die die Staatsregierung mit Blick auf dieses Ziel bereits unternommen hat und weiterhin unternimmt, etwa die Einrichtung der Fast Lane für ausländische Berufsanerkennungen oder die Förderung von Springermodellen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel sowie durch ihren Einsatz auf Bundesebene Arbeitgeber weiterhin dabei zu unterstützen, ihren Pflegekräften hervorragende Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Der Verbleib der Stammbelegschaft muss weiter unterstützt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der Leiharbeit konsequent auszuschöpfen, insbesondere:

- verlässliche Arbeitszeitmodelle mit planbaren Urlaubs- und Freizeiten, z. B. weiterhin durch Springerpools sowie Sicherstellung ihrer Finanzierung, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen
- Angleichung von Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitszeiten, insbesondere zu Nachtzeiten, an Wochenenden und Feiertagen zwischen Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen
- Arbeitsentlastung durch den Ausbau der Digitalisierung, insbesondere im Bereich des Einsatzes von elektronischen Patienten- und Bewohnerdokumentationen
- Stärkung der Fachkräftegewinnung, auch aus dem Ausland

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Zöller

Abg. Andreas Winhart

Abg. Paul Knoblach

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Helmut Schnotz

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. und Fraktion
(CSU)**

**Leiharbeit in der Pflege begrenzen - Gleichbehandlung von Stammbelegschaft
und Leiharbeitskräften fördern (Drs. 19/8669)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die FREIEN WÄHLER das Wort dem Kollegen Thomas Zöller.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Möglichkeit, über das Thema "Leiharbeit in der Pflege begrenzen – Gleichbehandlung von Stammbelegschaft und Leiharbeitskräften fördern" sprechen zu dürfen. Der medizinische Fortschritt und der demografische Wandel sind wirklich große Herausforderungen unserer Zeit. Die Zahl älterer pflegebedürftiger Menschen und mehrfach erkrankter Menschen wird ständig steigen und damit auch der Bedarf an professionell Pflegenden in allen Versorgungssettings.

Über die Jahre hinweg wurde es leider versäumt, eine Ausbildungsoffensive zu starten, die der demografischen Entwicklung gerecht wird. Das Ergebnis ist ein dramatischer Fachkräftemangel. Allein in den Krankenhäusern fehlen uns 100.000 Pflegekräfte und in stationären Langzeiteinrichtungen 120.000 Pflegekräfte – Tendenz: massiv steigend. Die Folge ist, dass der Einsatz von Leiharbeit zunehmend unumgänglich ist. Leiharbeit ist aber keine nachhaltige Lösung. Sie führt zur Belastung des Stammpersonals. Stammkräfte müssen unattraktive Dienste übernehmen, erhalten geringere Zulagen und sind oft für die Einarbeitung von Leiharbeitnehmern verantwortlich.

Ich möchte Leiharbeit nicht dämonisieren. Sie kann bei kurzfristigen Ausfällen helfen. Aber sie darf definitiv nicht zur Regel werden. Sie ist auch nicht finanzierbar. Teure Leiharbeit stürzt nicht wenige Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser in tiefrote Zah-

len. Eine gesetzliche Quotenregelung oder gar ein Verbot für den Einsatz von Leiharbeit in der Pflege ist aus verfassungsrechtlicher Sicht problematisch. Ziel muss es deshalb sein, die Stammbelegschaft zu stärken, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, Pflegekräfte im Beruf zu halten und neue dazuzugewinnen. Um die Arbeits- und Rahmenbedingungen zu verbessern, brauchen wir planbare und verlässliche Dienstpläne zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Mit unserem Springer-Konzept, das wir für 7,5 Millionen Euro im Freistaat Bayern gefördert haben, haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Das müssen wir jetzt zum Wohle der beschäftigten Menschen in der Pflege in die Fläche bringen.

Bei der Vergütung in der Pflege sind wir schon sehr weit gekommen und haben große Fortschritte gemacht. Wir dürfen aber nicht nachlassen. Es braucht die Stärkung der Führungskompetenz, unter anderem durch den Ausbau der Personalbindung und -entwicklung durch akademisch gut ausgebildete Leitungspersonen. Wir brauchen gezielte Programme zur Personalbindung, zum Beispiel durch Mentoring, Fortbildung und Entwicklungserspektiven. Ich erinnere an dieser Stelle nochmals an die geplante Erweiterung des Meisterbonus in der Pflege. Es braucht die wertschätzende Führungskultur, die Motivation und Teamgeist, um den Zusammenhalt zu fördern. Vielleicht gelingt es uns auch dadurch, die Teilzeitquote von insgesamt 65 % bei den Menschen noch etwas zu reduzieren und ein paar Stunden herauszuholen.

Es braucht dringend Transparenz und Qualitätssicherung bei Leiharbeit, um auch die schwarzen Schafe in der Branche zu erkennen. Es sollte nur mit Leiharbeitsfirmen gearbeitet werden, die sich zu einer transparenten und vertrauensvollen Zusammenarbeit bekennen, Stammpersonal nicht gezielt abwerben, angemessene Gehälter bezahlen und ihre Gewinnmarge offenlegen. Es braucht Entlastung in der Pflege durch KI und Digitalisierung, beispielsweise durch elektronische Dokumentation, digitale Tools für die Dienstplanung, Pflegeroboter, um das Stammpersonal in den verschiedensten Pflegesituationen zu entlasten, Sturzmelder, Herdabschaltung und vieles mehr. Wir kennen vieles.

Unsere Pflegeschulen haben einen guten Zulauf aus allen Altersgruppen und aus allen Bevölkerungsschichten. Dies ist erfreulich. Dennoch brauchen wir auch Zuwandern in der Pflege durch Fachkräftegewinnung aus dem Ausland. Fast Lane ist ein bayerisches Erfolgsmodell. Seit dem 1. Juli 2023 konnten wir schon mehr als 1.000 Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen positiv bescheiden. Das ist gut so; denn durch gezielte Rekrutierung ausländischer Pflegepersonen können vakante Stellen direkt und dauerhaft besetzt werden. Das reduziert auch den Bedarf an Leiharbeitslösungen. Wichtig ist mir eine gute Willkommenskultur, eine gute Einarbeitung, Sprachförderung und soziale Integration, die ausländische Pflegekräfte auch langfristig bindet und sie bei uns integriert. Die Remigrationsdebatten von der rechten Seite sind an dieser Seite nicht nur hinderlich, sondern ausgesprochen dumm.

Last, but not least – das alles können wir nur schaffen, wenn wir den größten Pflegedienst Bayerns stärken, nämlich die pflegenden Angehörigen. Dazu zählen das Quartiersmanagement sowie die Tages- und Kurzzeitpflege. Wichtig sind auch die Leistungen des Pflegegrades 1, damit man die Menschen möglichst lange zu Hause halten kann, gerne mit einer bezahlten Pflegezeit. Nur so können möglichst viele Menschen lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben.

Pflege braucht Verlässlichkeit, Kontinuität und Vertrauen. Wir müssen die Stammbelegschaft stärken, damit sie auch weitermacht. Ich danke allen pflegenden Menschen in Bayern herzlich und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Andreas Winhart. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir denn da für ein Prachtstück an Dringlichkeitsantrag?

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich fange jetzt einmal mit dem Positiven an. Es ist ganz gut, dass Sie sich auf Landesebene um die Pflege kümmern wollen. Letzte Woche haben Sie erzählt, dass die Kommunen alles rund ums Krankenhaus und die Altenpflege selber ganz gut hinbekommen. Ich darf an die Debatte zu unserem Gesetzentwurf erinnern. Jetzt verheddern Sie sich aber in Widersprüche. Sie sagen, die Leiharbeit sei teuer, aber gleichzeitig zahle sie schlechter. Die Erfahrung draußen sieht anders aus. Um das ganz klar zu sagen: Wir sind auch keine Freunde der Leiharbeit. Ein ordentliches Anstellungsverhältnis ist einfach deutlich besser. Wir sehen jedoch, dass gerade in der Altenpflege bzw. im Krankenhaus die Leiharbeit durchaus besser bezahlt ist als die Arbeit der Angestellten. Das ist nicht überall der Fall, aber in größten Teilen. Deshalb glaube ich: Ihr Dringlichkeitsantrag beruht darauf, dass irgendein Klinikbetreiber gesagt hat: Na ja, könnt ihr im Landtag mal etwas machen, damit wir die teure Leiharbeit endlich loswerden? – Das ist ein Ansatz. Das ist richtig. Das kann man machen. Das hilft den Leuten in der Pflege aber nicht weiter, weil die Leiharbeitskranke schwestern gar nicht ins Angestelltenverhältnis will. Sie weiß einfach, dass sie finanziell und vielleicht auch in Bezug auf die Rahmenbedingungen deutlich besser fährt.

Wie können wir jetzt Leute für die Pflege begeistern? – Mit diesem Dringlichkeitsantrag definitiv nicht. Jetzt schauen wir uns einmal an, was wir beschließen sollen: "Der Landtag stellt fest, dass die Gewinnung von Pflegefachkräften für den Gesundheits- und Pflegebereich eine der aktuell wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderungen darstellt". Das ist ein großes Problem. Wir machen aber bitte weiter bei der Krankenhauskrise. Wir machen weiter bei der Pflegekrise, vor allem bei den ambulanten Pflegediensten. Wir machen weiter mit den maroden Pflegekassen. Wir machen mit den immer noch zahlreichen COVID-Geschädigten weiter. Wir haben zahlreiche Herausforderungen.

Zweitens beschwören Sie die Fast Lane. Darüber kann man sprechen. Es ist durchaus sinnvoll, ausländische Berufserfahrungen schneller anzuerkennen, wenn die Leute unbedingt nach Deutschland wollen. Ich glaube aber, dass so viele gar nicht nach Deutschland wollen. Dann müssen wir uns auch nicht anbiedern. Wir haben Millionen Arbeitslose in unserem Land, und es wird mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht besser werden. Wir brauchen gerade in der Pflege Menschen, die nicht im Homeoffice sitzen, sondern am Menschen arbeiten. Von dem her müssen wir schauen, dass wir auch von unseren Leuten deutlich mehr für diesen Berufszweig motivieren und vor allem auch begeistern können.

Dann machen wir weiter. Sie haben die Springerpools erwähnt bzw. die Angleichung von Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitszeiten. Meine Damen und Herren, die Arbeitszeiten können Sie anpassen, wie Sie wollen. Es gibt Leute im Pflegeberuf, die wollen gerne nachts arbeiten, damit sie danach zehn Tage frei haben. Es gibt ebenfalls Leute, die keine Wechselschichten wollen. Meine Damen und Herren, lassen wir doch den Betrieben und den Krankenhäusern die Freiheit, das selber zu regeln. Wir müssen doch jetzt nicht staatlich verordnet dort hineinregieren. Es wäre viel wichtiger, Geld zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie diese Leiharbeit nicht mehr wollen, sollten Sie Geld für die Kliniken und für das Personal bereitstellen, um einen Puffer zu schaffen und das Personal weiterfinanzieren zu können. Sollte einmal ein höherer Bedarf bestehen, gibt es einfach einen höheren Personalvorrat. Das wäre lobenswert, weil man dann auch nicht zu viele Nachtdienste hätte. Vielleicht muss man am Wochenende oder an Feiertagen nicht so oft einspringen. Das wäre wirklich hilfreich. Was Sie vorschlagen, geht aber leider am Ziel vorbei. Der Ansatz ist zwar richtig, aber die Maßnahmen, die Sie beschreiben, werden nicht weiterhelfen. Deswegen enthalten wir uns.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Paul Knoblach. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen!

Eines vorweg: Wir GRÜNE werden uns bei diesem Antrag enthalten. Ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass wir uns nicht enthalten, weil das Thema unwichtig wäre – ganz im Gegenteil. Die Situation in der Pflege ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Das ist uns völlig klar.

Der Antrag, den FREIE WÄHLER und CSU vorlegen, bleibt leider inhaltlich schwach und etwas unkonkret. Es stimmt, dass ein zunehmender Anstieg der Leiharbeit zu verzeichnen ist. Aber der Anteil der Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Pflege liegt bei circa 2 %. Dennoch stimmt es, dass sie in manchen Einrichtungen zu Spannungen zwischen Stammbelegschaften und Leihkräften führt. Außerdem treibt sie die Kosten für Träger und die öffentliche Hand in die Höhe. Gleichzeitig aber sind die Arbeitsbedingungen für diese Fachkräfte attraktiv. Sie entscheiden sich dafür, weil sie dort endlich das bekommen, was im regulären Dienst oft einfach nicht möglich ist, planbare Arbeitszeiten, verlässliche Freizeit und faire Bezahlung beispielsweise. Leiharbeit ist teils notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Sie ist aber keine optimale Lösung für den Personalmangel in der Pflege.

Der Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU greift leider nicht an die Wurzel des Problems; denn die Zunahme von Leiharbeit ist das Symptom eines Systems, in dem Pflegekräfte unter chronischer Überlastung, fehlender Planbarkeit und mangelnder Wertschätzung leiden. Das zeigen beispielsweise auch neue Zahlen zur Arbeitsunfähigkeit aufgrund psychischer Belastungen in den Pflegeberufen. Wer also Leiharbeit wirklich bekämpfen will, muss zuerst und vor allen Dingen die Arbeitsbedingungen für die Stammbelegschaft verbessern, ohne die Beschäftigten in der Leiharbeit schlechter stellen zu wollen. Die Risiken, hier noch mehr Personal zu verlieren, sind hoch. Es ist eben nicht klar, dass die Leiharbeitskräfte dann in die Festanstellung gehen werden.

Wenn wir Leiharbeit in der Pflege begrenzen wollen, dann müssen wir also dafür sorgen, dass überall genug Personal da ist. Das schaffen wir, indem wir die Arbeits-

bedingungen verbessern. Die Möglichkeiten, die Sie dafür in Ihrem Antrag aufgreifen wie die Springerpool-Modelle, die Digitalisierung und die Stärkung der Fachkräftegewinnung unterstützen wir natürlich. Das sind wichtige Ansätze. Bereits die letzte Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Springerpools verbessert. Auch hat sie zusätzliche Mittel für bessere Arbeitsbedingungen und Pflegepersonalaufbau geschaffen. An einigen Stellen wäre es auch eine Überlegung, sich für eine stärkere Regulierung, beispielsweise bei aggressiven Abwerbekampagnen durch Leiharbeitsfirmen, einzusetzen.

Zum Schluss: Wir alle kennen die Studie, die zeigt, dass im Jahr 2029 – das ist in gerade mal vier Jahren – der Kipppunkt erreicht werden wird, was die Zahl der Pflegekräfte angeht. Das heißt: Es werden mehr Pflegekräfte in Rente gehen, als nachkommen werden, bei steigender Anzahl von Pflegebedürftigen, bei höheren Zahlen an multimorbidem und dementen Menschen.

Kurz gesagt: Dieser Antrag erkennt an, dass Pflegekräfte unter Druck stehen. Das ist richtig. Aber er bleibt an der Oberfläche, statt die Ursachen anzugehen. Auch wenn ich mich wiederhole: Das sind die Gründe, weshalb wir GRÜNE uns enthalten. Die Instrumente, um Leiharbeit überflüssig zu machen, liegen auf dem Tisch, aber sie müssen auch konsequent und zügig angewendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Ich will mal anfangen mit einem Zitat aus einem Papier des Deutschen Pflegerats: "Leiharbeitnehmer*innen in der Pflege sind nicht das Problem, sondern das Ergebnis unzureichender Arbeitsbedingungen [...]." – Das sollten wir uns ins Stammbuch schreiben lassen. Normalerweise gilt Leiharbeit als prekäres Arbeits-

verhältnis und wird deswegen von uns als SPD normalerweise kritisch gesehen. Aber in der Pflege ist das oft grundlegend anders. Da besteht das Problem eher darin, dass Einzelne sich vielleicht bessere Arbeitsbedingungen als die Stammbelegschaft sichern könnten. Wenn und insofern es eben dazu führt, dass man sich zum Beispiel bessere Arbeitszeiten heraussuchen kann oder belastende Dienste nachts, am Wochenende oder am Feiertag vermeiden kann, dann ist das für den Einzelnen schön. Aber es erhöht den Druck und die Lasten bei den normal Festangestellten.

Das wissen aber auch die Träger der Pflegeeinrichtungen, die schauen müssen, dass sie ihr Personal halten und für eine gute Stimmung sorgen, allein schon, um hier Konflikte zu vermeiden. Aber auch deswegen, weil mit der Leiharbeit erheblich höhere Kosten für die Betreiber verbunden sind, sind die Betreiber ohnehin schon gut beraten, das Instrument der Leiharbeit nur sehr sparsam einzusetzen.

Aber trotzdem gibt es halt Situationen, wo sich das einfach nicht vermeiden lässt. Immer wieder treten Engpässe auf, die man nicht anders lösen kann. Es werden Leute krank, oder es gibt einfach Unterbesetzungen. Das kann auch recht kurzfristig auftreten. Wenn das mal gerade konkret so ist, wenn zum Beispiel kurzfristig Personal ausfällt und eine Station sonst nicht betrieben werden kann – was soll man denn da machen? Man kann ja die Station nicht schließen und die Pflegebedürftigen nach Hause schicken. Also wird man das Instrument in eingeschränkter Form auch in Zukunft brauchen.

Es ist auch schon die Rede gewesen von Springerpools. Die sind auch im Antrag genannt. Ja, die helfen auch weiter. Aber auch die lösen nicht alle Personalprobleme. Das betont übrigens auch der Ergebnisbericht zum bayerischen Modellprojekt. Da heißt es, dass die komplette Kompensation aller Ausfälle durch Springerpools zwar unrealistisch sei, aber ohne die Mitarbeiter in Springerfunktion geht es halt auch nicht mehr.

Das heißt, wir brauchen einen Mix, und wir brauchen oft alles, was hilft, um in der Pflege weiterzukommen. Natürlich gehört dazu in erster Linie auch eine gute und faire Bezahlung nach Tarif. Ich erinnere an die Bemühungen um einen Branchentarifvertrag.

Wir sind jetzt gerade bei der Bundesebene: In Ihrem Antrag ist die Problembeschreibung unbestritten. Aber es kommt nicht so viel an Lösungsvorschlägen. Aber das ist auch gar nicht so schlecht. In Ihrem Antrag verweisen Sie immer wieder auf den Koalitionsvertrag auf Bundesebene, wo all das, was Sie vorschlagen, schon gemacht wird. Man kann richtig sehen und sich vorstellen, wie der Bundeskanzler und die Bundesgesundheitsministerin erleichtert sind, dass sie jetzt Rückenwind von der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag bekommen. Das bringt die Sache sicher gut voran.

Bayern hat übrigens schon 2023/2024 einen eigenen Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht zum Thema Begrenzung der Leiharbeit, bundesgesetzliche Beschränkung der Vergütung der Leiharbeitsfirmen und Springerkonzepte. Das war auch ganz gut. Tatsächlich führt der Dringlichkeitsantrag insofern in die richtige Richtung, diesen Weg weiterzugehen; denn wir wissen aus einer Studie in Köln, was wäre, wenn man Leiharbeit verbieten würde. Wie würden Pflegekräfte reagieren? – Die gehen dann nicht unbedingt in die Festanstellung. Das sind nur etwa 18 %. Der Großteil geht eben raus aus der Pflege.

Wir wollen also kein Verbot der Leiharbeit – manchmal ist sie einfach nötig –, sondern eine sinnvolle Eindämmung. Deswegen geht dieser Antrag auch in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Helmut Schnotz für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Helmut Schnotz (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leiharbeit in der Pflege ist kein grundsätzliches Problem. Sie kann in bestimmten Situationen, etwa bei kurzfristigen Personalausfällen oder saisonalen Belastungsspitzen, durchaus sinnvoll und notwendig sein. Aber sie darf nicht zum Regelinstrument werden. Wenn ganze Stationen dauerhaft auf Leihkräfte angewiesen sind, dann läuft etwas grundsätzlich falsch. Attraktive Arbeitsbedingungen sind eine zentrale Voraussetzung für die Gewinnung und für den Erhalt qualifizierter und motivierter Fachkräfte, die ihrerseits für die flächendeckende Sicherstellung einer hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie Pflegeeinrichtungen unabdingbar sind. Der Antrag zielt auf Gleichbehandlung, Planbarkeit und Attraktivität. Das ist genau der Weg, den wir als CSU-Fraktion seit Jahren gehen; denn Pflege braucht Verlässlichkeit.

Klar ist: Es können Spannungen entstehen, wenn Leihkräfte besser bezahlt werden und flexiblere Arbeitszeiten haben und die Stammbelegschaft dann die Lücken schließt. Wir dürfen nicht zulassen, dass Pflegekräfte, die über Jahre hinweg loyale Arbeit leisten, sich benachteiligt fühlen gegenüber jenen, die nur tageweise in Einrichtungen sind. Unser Ziel muss es deshalb sein, gleiche Bedingungen für alle zu schaffen, die in der Pflege Verantwortung tragen. Der Schlüssel liegt nicht in Verboten oder neuen Regulierungen, sondern in der Attraktivität des Berufes. Bayern hat in den vergangenen Jahren viel erreicht.

Thomas Zöller hat richtig festgestellt: Wir haben mit der Fast Lane ein Verfahren für ausländische Pflegekräfte geschaffen, das bundesweit als Erfolgsmodell gilt: über 1.000 Anerkennungen in zwei Jahren. Das sind immerhin 1.000 Pflegekräfte mehr, die in unseren Einrichtungen ihren Dienst leisten und uns helfen. Herr Winhardt, Sie haben diese Fast Lane lächerlich gemacht.

(Andreas Winhart (AfD): Was habe ich denn überhaupt gesagt?)

– Dass wir diese Pflegekräfte nicht brauchen. – Aber die Babyboomer kommen. Wir brauchen jeden, der uns in der Pflege unterstützt, ob aus dem Inland oder aus dem Ausland. Wir haben auch die Springerkonzepte gefördert, um Dienstpläne verlässlicher zu machen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Das Modellprojekt mit 7,5 Millionen Euro hat – wie bereits von Thomas Zöller erwähnt – erfolgreich gezeigt, wie moderne Personalorganisation aussehen kann. Das gilt es jetzt in das Land auszurollen.

In den Modellprojekten liegt es in erster Linie in der Verantwortung der Arbeitgeber, durch eine verlässliche Dienstplangestaltung Anreize für Pflegekräfte zum Verbleib im Betrieb zu setzen. Initiativen der Einrichtungen wie beispielsweise einrichtungseigene Springerdienste, verlässliche Dienstpläne, Zuschläge für Samstagsarbeit und Wechselschichten sowie Zulagen für geteilte Dienste sind wichtig und erforderlich. Wir haben mit der 100 % WLAN-Strategie und der Digitalisierungsförderung Pflegeeinrichtungen gezielt entlastet. Weniger Dokumentation heißt mehr Zeit am Bett, und mit der Tariflohnbindung in der Langzeitpflege wurde die Bezahlung verbessert, was der CSU ein zentrales Anliegen war.

Diese Maßnahmen greifen ineinander, und sie zeigen Wirkung. Der Anteil von Leiharbeit in Bayern liegt gerade einmal bei 1,8 %. Das ist deutlich unter dem Bundesschnitt; aber wir sehen, dass in einzelnen Regionen, insbesondere in Ballungsräumen, der Anteil weit höher, teilweise sogar bei über 10 % liegt. Ein Ungleichgewicht, das den Teamgeist gefährdet, droht. Genau dort setzt der Antrag an. Er fordert, die erfolgreichen bayerischen Maßnahmen konsequent weiterzuführen, um Leiharbeit gar nicht erst notwendig zu machen.

Herr Knoblach, mit unseren Maßnahmen verbessern wir die Situation der Pflegekräfte. Die Politik kann die Rahmenbedingungen schaffen, damit es gelingt. Genau das bezwecken wir mit unserem Antrag.

Erstens. Wir unterstützen verlässliche Arbeitszeitmodelle.

Zweitens. Wir fordern gleiche Regeln bei Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst für Leihkräfte und Stammbelegschaft.

Drittens. Wir setzen auf Digitalisierung, um Bürokratie abzubauen und Pflegekräfte zu entlasten. Dazu wurde ein Pilotgebiet eingerichtet. Für den ambulanten Bereich ist dies das Berchtesgadener Land.

Viertens. Wir fordern weiterhin die Fachkräftegewinnung im In- und Ausland. Das sind konkrete, umsetzbare Schritte und ist keine Symbolpolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/8669 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.